



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Syrien Jahresbericht 2021

Zehntausende Menschen, darunter JournalistInnenen, MenschenrechtsverteidigerInnen, AnwältInnen und politische AktivistInnen sind zu Opfern des „Verschwindenlassens“ durch die syrische Regierung geworden. Staatliche Behörden greifen weiterhin auf willkürliche Verhaftungen zurück, um friedliche Proteste zu unterdrücken und Menschenrechts- und humanitäre Aktivitäten zu unterbinden. Am 7. Juni 2020 brachen in der Stadt Sweida im Südwesten des Landes unerwartet regierungskritische Proteste aus, bei denen ein Regimewechsel und bessere Lebensbedingungen gefordert wurden, nachdem die Wirtschaftskrise u. a. zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Lebensmittelpreise geführt hatte. Zwischen dem 9. und 16. Juni verhafteten die Sicherheitskräfte willkürlich mindestens 11 Männer wegen ihrer Teilnahme an den Protesten und verweigerten ihnen den Zugang zu Anwälten und ihren Familien¹. Sie wurden im Juli auf Druck von Gemeindeführern freigelassen. In den Gouvernements Daraa und Damaskus verhafteten die Regierungstruppen weiterhin willkürlich ehemalige Mitarbeiter humanitärer Organisationen, Ärzte, ehemalige Mitglieder des Zivilschutzes, politische Aktivisten und Leiter lokaler Komitees, obwohl sie das so genannte Versöhnungsabkommen durchlaufen und eine Sicherheitsgenehmigung erhalten hatten.

Die Syrian National Army (SNA), eine von der Türkei bewaffnete Gruppe, verübt in Afrin und Ras al-Ayn (kurdisch: Serê Kaniyê) eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung, darunter Plünderungen, Beschlagnahmung von Eigentum, willkürliche Festnahmen, Entführungen sowie Folter und andere Misshandlungen.

Von den Plünderungen und der Beschlagnahmung von Eigentum sind insbesondere syrische Kurden betroffen, die das Gebiet während der Kampfhandlungen 2018 und 2019 verlassen hatten. In einigen Fällen beschlagnahmten die Kämpfer die Häuser der verbliebenen Zivilisten, nachdem sie sie durch Erpressung, Schikanen, Entführung und Folter zum Verlassen des Gebiets gezwungen hatten. Laut der UN-Untersuchungskommission zur Arabischen Republik Syrien bedrohten und verhafteten sie auch willkürlich Personen, die sich beschwerten, und zwangen sie, Geld für ihre Freilassung zu zahlen.

Die SNA hat in Afrin willkürlich Zivilpersonen festgenommen und entführt und sie dann aus verschiedenen Gründen gefoltert und anderweitig misshandelt, unter anderem, weil sie Mitglieder der SNA kritisiert haben oder weil sie früher der von der PYD geführten Autonomen Verwaltung und ihrem Sicherheits- und Militärbereich angehörten. So wurde beispielsweise im August ein 70-jähriger Kurde von Mitgliedern der bewaffneten Gruppe aus seinem Haus in Afrin

¹ https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/syria-peaceful-protesters-detained-in-sweida-must-be-released-immediately/?utm_source=annual_report&utm_medium=pdf&utm_campaign=2021&utm_term=english

entführt und zwei Monate lang festgehalten, nachdem er das Verprügeln eines jungen Mannes durch SNA-Kämpfer verurteilt und sich dazu geäußert hatte. Sie verweigerten ihm den Kontakt zu seiner Familie, die für seine Freilassung eine beträchtliche Geldsumme an „Vermittler“ zahlen musste. Darüber hinaus beschlagnahmte die bewaffnete Gruppe sein Auto. Die SNA hielt außerdem Frauen fest, vergewaltigte sie und griff sie auf andere Weise sexuell an.

Eine weitere Rebellengruppe, Hay'at Tahrir al-Sham, die Teile des Nordwestens Syriens kontrolliert, nimmt willkürlich Personen fest, die sich ihrer Herrschaft oder Ideologie widersetzen, darunter Medienaktivisten, JournalistInnen, medizinisches und humanitäres Personal. Zwischen April und Juni löst Hay'at Tahrir al-Scham mehrfach Proteste gewaltsam auf, indem sie auf Demonstranten schießt, sie schlägt und festhält. Die Proteste konzentrierten sich auf die Öffnung der Handelsübergänge zwischen Idlib und Aleppo in die von der Regierung kontrollierten Gebiete. Am 10. Juni schlug und beschimpfte Hay'at Tahrir al-Scham Kämpfer nach Angaben des Syrian Network for Human Rights 13 Journalisten, die eine gemeinsame russisch-türkische Patrouille auf der Autobahn M4 filmten.

Missstände sind auch in der kurdischen Selbstadministration seitens der PYD aufgetreten. Die PYD kontrolliert weiterhin einen Teil der überwiegend kurdischen Region im Nordosten Syriens, darunter Raqqa und Qamischli. Sie nehmen willkürlich humanitäre Helfer, politische Aktivisten und Araber fest. Das SDF (Syrian Democratic Forces), der militärische Zweig der Autonomieverwaltung, halten weiterhin Zehntausende von Menschen, die der Zugehörigkeit zum Islamischen Staat verdächtigt werden, im Lager al-Hol unter menschenunwürdigen Bedingungen fest, ohne Zugang zu Rechtsmitteln.